An den Grossen Rat **22.5122.03**

PD/P225122

Basel, 28. Oktober 2026

Regierungsratsbeschluss vom 27. Oktober 2026

Anzug Niggi Daniel Rechsteiner und Konsorten betreffend «Strategie für die Stadtentwicklung im Kleinbasel (Webergasse, Claraplatz, Claramatte)»

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 23. Oktober 2024 vom Schreiben 22.5122.02 des Regierungsrates Kenntnis genommen und – entgegen dem Antrag des Regierungsrates – den nachstehenden Anzug Niggi Daniel Rechsteiner und Konsorten stehen lassen:

> «Das Quartier rund um die Webergasse im Kleinbasel ist Wohnquartier, Gewerbegebiet, Ausgehmeile mit verschiedenen Bars und Restaurants und es verfügt über Etablissements des Rotlichtmilieus. Gegenseitige Rücksichtnahme und Toleranz zwischen den Involvierten macht das Nebeneinander im Mikrokosmos «Bermuda- Dreieck» möglich.
>
> Anwohnende und Gewerbetreibende haben im vergangenen Sommer aufgrund der Zunahme von gewalttätigen Auseinandersetzungen, Überfällen, Lärmbelästigung und Verschmutzung der Strassen mit der Petition «zur Wahrung der Lebensqualität im Bermuda-Dreieck» den Regierungsrat um Unterstützung angerufen.
>
> Dieser zeigt in seiner Beantwortung zwar Verständnis für den Ärger über gewisse Entwicklungen in diesem Gebiet und verweist auf die bereits hohe Präsenz und Kontrolltätigkeit im Kleinbasel. Die Kantonspolizei analysiere in interdisziplinärer Zusammenarbeit mit weiteren Amtsstellen die Situation.
>
> Bei der Beantwortung der Interpellation (22.5015) Lorenz Amiet betreffend «Wildwest in der Webergasse – und die Rolle des Stadtteilsekretariates» im Januar 2022 musste der Regierungsrat zudem zugeben, er könne nicht beurteilen, ob die Gewalt um die Webergasse zugenommen habe. Wichtig sei ihm der Austausch mit der Bevölkerung, was sich jedoch schwierig gestalte, weil Anwohnende Angst hätten, Zielscheibe von Gewalt zu werden.
>
> Den Anzugstellenden reichen die Antworten des Regierungsrats nicht aus. Wenn schon erkannt ist, dass Anwohnende aus Angst sich nicht mehr an die Polizei wenden, dann sollte der Staat handeln. Gleichzeitig teilen wir die Ansicht des Regierungsrats, dass das Problem komplex ist und auf mehreren Ebenen angegangen werden muss. Es scheint uns auch eine Frage der Strategie für die Stadtentwicklung im Kleinbasel zu sein, wie sich das Nebeneinander zukünftig gestalten wird.
>
> Die Anzugstellenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten,
>
> - wie er die Situation im Kleinbasel rund um die Webergasse, Claraplatz bis zur Claramatte zugunsten einer erhöhten Lebensqualität analysieren und wie er zeitnah Verbesserungen erreichen will;
> - wie er die, anlässlich der Auslegeordnung 2018 in Aussicht gestellte Gesamterneuerung des Claraplatzes weiter vorantreiben wird;
> - wie er das Quartier städtebaulich weiterentwickeln will und welche Entwicklungsstrategie er dabei verfolgt;

- ob er für die Umsetzung der Entwicklungsstrategie den Kauf einzelner Immobilien im Umkreis der Webergasse in Betracht zieht;
- wie er die Anliegen und Bedürfnisse der Anwohnenden, Gewerbetreibenden und Hauseigentümer:innen für diesen Prozess anhören und einbeziehen will;
- wer die Koordination der Abklärungs- und Entwicklungsaufgaben übernimmt.

Niggi Daniel Rechsteiner, Johannes Sieber, David Wüest-Rudin, Alex Ebi, Lorenz Amiet, André Auderset, Sandra Bothe, Joël Thüring, Mahir Kabakci»

Wir berichten zu diesem Anzug wie folgt:

1. Ausgangslage

In den vergangenen Jahren war der öffentliche Raum im Unteren Kleinbasel wiederholt durch sicherheits- und sozialpolitische Herausforderungen belastet. Die Situation ist komplex und wird durch eine hohe Nutzungsdichte, veränderte Aufenthalts- und Konsummuster, das umliegende Nachtleben sowie das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Personengruppen geprägt. Als besonders belastend werden von der Bevölkerung sowie der Anwohnerschaft der offene Drogenhandel und -konsum, Belästigungen, Lärmstörungen, Littering sowie Konflikte im öffentlichen Raum wahrgenommen. Diese Problematiken sind nicht neu und beschäftigen den Regierungsrat sowie die zuständigen Verwaltungsstellen seit längerer Zeit.

Speziell rund um den Claraplatz, das Kasernenareal und die Klybeckstrasse ist der offene Handel mit Betäubungsmitteln seit Jahren präsent. Polizeiliche Interventionen führen häufig zu temporären lokalen Entlastungen durch Verlagerungen von Verkaufszeiten und -taktiken in Randstunden und in Nebenstrassen, ohne die Anzahl aktiver Drogenhändler nachhaltig zu reduzieren. Die Strafverfolgung wird zusätzlich dadurch erschwert, dass delinquente kontrollierte Personen rasch ersetzt werden und sich die Verkaufspraktiken an rechtliche Grenzwerte anpassen.

Der Perimeter Webergasse, Ochsengasse, Teichgässlein ist in der Verordnung über die Strassenprostitution als Toleranzzone ausgewiesen. Eine Aufhebung der Toleranzzone im Perimeter Webergasse, Ochsengasse, Teichgässlein steht für den Regierungsrat nicht zur Debatte. Dies würde zu einer Verschlechterung der bereits prekären Arbeitsverhältnisse der Sexarbeiter/-innen führen. Zudem würde durch die Aufhebung der Toleranzzone eine Verdrängung in andere Räume stattfinden. Die Toleranzzone hat mit der Verordnung über die Strassenprostitution eine rechtlich bindende Grundlage.

Das Basler Rotlichtviertel ist historisch gewachsen, und gleich wie in anderen Städten ist in diesem in den letzten Jahren zusätzlich ein gastronomisches Angebot mit Fokus auf die nächtlichen Stunden entstanden. Dies hat die Durchmischung der Gäste und die soziale Kontrolle im Perimeter zwar erhöht, wirkt sich aber teilweise auch negativ auf die Nachtruhe im Perimeter aus. Die Kantonspolizei hat mit verschiedenen Massnahmen, welche weiter unten aufgeführt werden, dazu beigetragen, dass sich die Lage vor Ort im Vergleich zum Zeitpunkt der Einreichung des Anzugs im Jahr 2022 deutlich verbessert hat. Unter anderem auch, weil man das Gespräch zu einzelnen Hausbesitzenden gesucht und kleinere bauliche Massnahmen zur Verbesserung der Nachtruhe in den Jahren 2022 und 2023 umgesetzt hat.

Im Hinblick auf eine sich ausweitende 24-Stunden-Gesellschaft wird es in Städten weiterhin Räume brauchen, welche das Nachtleben abdecken. Die Wahrung der Nachtruhe wird dabei weiterhin von der Kantonspolizei durchgesetzt. Zur Steigerung der subjektiven und objektiven Sicherheit werden, wie bisher, bei Bedarf Schwerpunktaktionen und weitere Massnahmen beitragen.

Die Poller-Anlage an der Kasernenstrasse ist seit dem 25. November 2025 in Betrieb und soll den Durchgangsverkehr für Unberechtigte unterbinden und damit die Anwohnenden entlasten. Es

scheint jedoch noch viele Motorfahrzeuglenker/-innen zu geben, welche unerlaubterweise den Poller via untere Rebgasse/Webergasse umfahren. Deshalb hat der entlastende Effekt noch nicht wie gewünscht eingesetzt. Wiederholte Kontrollen vor Ort könnten die Situation vor Ort verbessern.

Abseits der Toleranzzone werden im Anzug auch die Clarastrasse und der Claraplatz genannt. Die dortige Situation hat der Regierungsrat mit dem gesamten Unteren Kleinbasel analysiert. Der Regierungsrat hat am 5. März 2024, gestützt auf die Auslegeordnung einer interdepartementalen Arbeitsgruppe, verschiedene Massnahmen im Unteren Kleinbasel beschlossen. Die entsprechenden Mittel wurden von der Finanzkommission des Grossen Rats gesprochen. Die Evaluation der Massnahmen hat der Regierungsrat mit der Beantwortung des Anzugs Joël Thüring betreffend «Massnahmen gegen den illegalen Drogenhandel rund um die Kaserne, den Erasmusplatz und den Claraplatz» (23.5253.02) vom 18. März 2026 dem Grossen Rat zukommen lassen.

2. Ergriffene Massnahmen zur Verbesserung der Situation vor Ort

Die ergriffenen Massnahmen im Unteren Kleinbasel, welche auch den im Anzug beschriebenen Perimeter umfassen, lassen sich in folgende Kategorien unterteilen:

2.1 Repressive Massnahmen

Erhöhte Polizeipräsenz und Schwerpunktaktionen
Um Gewalt und Vermögens- und Betäubungsmitteldelikten im Unteren Kleinbasel entgegenzuwirken, ist die Kantonspolizei Basel-Stadt stark präsent. Seit Sommer 2023 wurde die Patrouillentätigkeit deutlich erhöht, ab Mitte Dezember 2023 folgten wöchentliche Grosskontrollen. In den Monaten März und April 2024 wurde die Präsenz im gesamten Unteren Kleinbasel im Rahmen einer gemeinsam mit der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt und dem Migrationsamt durchgeführten Schwerpunktaktion nochmals intensiviert. Die Schwerpunktaktion umfasste neben der Dreirosenanlage insbesondere auch die Achse Claraplatz – Kasernenareal – Erasmusplatz, die u. a. im Zentrum des vorliegenden Anzugs steht. Nach Abschluss der zweimonatigen Intensivphase wurden die Kontrolltätigkeiten mit den regulären personellen Mitteln weitergeführt.

Aufgrund der Grossereignisse «Eurovision Song Contest» und «Women's Euro 2025» mussten die regelmässigen Kontrollen im Jahr 2025 phasenweise zurückgestellt werden Im Spätsommer/Herbst 2025 sowie im Frühling 2026 folgten weitere Schwerpunktaktionen. Der erhöhte Kontrolldruck – insbesondere an bekannten Hotspots – trug dazu bei, den Aufwärtstrend bei Gewalt-, Vermögens- und Betäubungsmitteldelikten zu brechen. Die Schwerpunktaktionen werden weitergeführt. Die Kantonspolizei Basel-Stadt informiert fortlaufend über die Ergebnisse und die Bilanz der Schwerpunktaktionen.

Private Sicherheitsdienste
Da die Schwerpunktaktionen teils zu einer Verlagerung auf umliegende Strassen und Parkanlagen führen, hat der Regierungsrat im März 2024 zusätzliche, befristete Leistungen privater Sicherheitsdienste bewilligt. Diese intervenieren bei Regelverstössen im öffentlichen Raum und wirken ergänzend zu den polizeilichen Massnahmen. Zwischen September 2024 und Oktober 2025 wurden mehrere Einsatzphasen insbesondere auf dem Matthäusplatz und in angrenzenden Quartieren durchgeführt. Auch beim kHaus patrouilliert in den Abendstunden an den Wochenenden ein privater Sicherheitsdienst im Aussenbereich des Kasernen-Kopfbaus.

Die sichtbare Präsenz der privaten Sicherheitsdienste hat das subjektive Sicherheitsempfinden von Anwohnenden spürbar erhöht. In der Praxis zeigt sich, dass die Begleitung repressiver Massnahmen durch befristete Einsätze eines privaten Sicherheitsdienstes deren Wirkung verstärkt und wertvolle Erkenntnisse für die Planung der Umfeldbetreuung liefert. Aufgrund der positiven Erfahrungen wurde diese Massnahme bis Ende 2026 verlängert. Im August und September 2026 war zusätzlich

an den Freitag- und Samstagabenden eine Patrouille einer Sicherheitsfirma im Kasernenhof im Einsatz.

2.2 Bauliche Massnahmen

Beleuchtung
Ein weiterer zentraler Schwerpunkt zur Erhöhung der Sicherheit bildet die Optimierung der öffentlichen Infrastruktur. Die Beleuchtung wurde parallel auch an zahlreichen neuralgischen Örtlichkeiten im Kleinbasel verbessert. So wurden am Matthäusplatz sämtliche Leuchten hinsichtlich Leuchtkraft, Lichtausbreitung und Lichtfarbe optimiert sowie zusätzliche Leuchten angebracht. Rund um die Kaserne sind 19 Leuchten ersetzt und sowohl die bestehenden als auch die neuen Lichtquellen umfassend optimiert worden. Am Claraplatz wurde im Mai 2025 die Beleuchtung unter den Arkaden verbessert. Nach Beendigung der BVB-Baustelle sind auf dem Platz weitere Leuchten vorgesehen. Auf der Claramatte wurden die Wege besser ausgeleuchtet, wobei die Leuchtstärke aus Rücksicht auf die Anwohnerschaft bewusst nur moderat erhöht wurde. Die Massnahmen stiessen auf zahlreiche positive Rückmeldungen von der Bevölkerung. Weitere punktuelle Verbesserungen sind nun in der Unteren Rebgasse, in der Klybeckstrasse bis zur Verzweigung Feldbergstrasse sowie am Claragraben zwischen Clarastrasse und Sperrstrasse geplant.

2.3 Intensivierung der aufsuchenden Sozialarbeit

Mittler im öffentlichen Raum (MiR)
Die aufsuchende Sozialarbeit trägt dazu bei, den öffentlichen Raum vor den unerwünschten Begleiterscheinungen des Konsums illegaler Suchtmittel zu schützen. Das Fachteam Mittler im öffentlichen Raum (MiR) sucht Personen mit schwerer Substanzabhängigkeit an ihren Treffpunkten sowie im Umfeld der Kontakt- und Anlaufstellen (K+A) auf. Das MiR-Team verweist die Konsumierenden in die K+A, vermittelt bei Bedarf an Suchthilfeinstitutionen und sensibilisiert sie für die im öffentlichen Raum geltenden Regeln. Die MiR sind zudem Ansprechpersonen für Anwohnende, Firmen und Schulen und fördern den Dialog zwischen Menschen mit einer Kokain- oder Heroinabhängigkeit und ihrem Umfeld. Sie arbeiten eng mit kantonalen und privaten Institutionen wie dem Community Policing, der Stadtgärtnerei, der Leitung der K+A sowie den Universitären Psychiatrischen Kliniken (UPK) Basel zusammen. Das aufsuchende Angebot ist freiwillig und unterscheidet sich damit von ordnungspolitisch ausgerichteten Diensten wie SIP (Zürich) oder PINTO (Bern). Im Rahmen des Massnahmenpakets wurde das MiR-Team personell von Mai bis November 2024 um 40 sowie für die Jahre 2025 und 2026 um 50 Stellenprozente aufgestockt. Seit 2024 begleiten zudem Ärztinnen und Ärzte sowie Pflegefachpersonen des Zentrums für Abhängigkeitserkrankungen (ZAE) der UPK Basel das Team regelmässig, um die Triagierung von Personen ohne medizinische Betreuung zu fördern. Die aufsuchende Arbeit zeigt vor allem am frühen Morgen und tagsüber Wirkung. Die von den MiR angesprochenen Personen zeigen sich grösstenteils einsichtig. Abends und vor allem nachts hingegen erschweren Substanzkonsum sowie grössere Gruppierungen die Sozialarbeit deutlich. Zusätzlich zu den MiR sind weitere Trägerschaften, wie zum Beispiel die Gassenarbeit der Diakonischen Stadtarbeit Elim, im Unteren Kleinbasel aufsuchend tätig.

2.4 Fazit

Die oben erwähnten Massnahmen werden fortlaufend überprüft und bei Bedarf punktuell angepasst. Der Regierungsrat ist gewillt, auf neuauftretende Hotspots, welche zu einer Belastung der Bevölkerung führen, zu reagieren. Verschiebt sich eine Szene aufgrund solcher Massnahmen, dann taucht sie meistens an einem neuen Ort wieder auf. Hier gilt es agil zu bleiben und die negativen Auswirkungen auf die Bevölkerung zu minimieren.

Die Situation des im Anzug erwähnten Perimeters um die Webergasse, den Claraplatz und die Clarastrasse hat sich im Vergleich zum Jahr 2022, in dem der Anzug eingereicht wurde, jedoch eindeutig verbessert. Die ergriffenen Massnahmen zeigen Wirkung. Die Kombination aus konsequenter Repression, gezielter Prävention, sozialer Arbeit und infrastrukturellen Optimierungen bildet eine tragfähige Grundlage, um die Situation zu stabilisieren und das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken. Trotz dieser Fortschritte bleibt die Situation dynamisch und anspruchsvoll, insbesondere in den wärmeren Monaten. Umso wichtiger ist es, Szenenbildungen, steigende Delinquenz und neue Lärmquellen frühzeitig zu erkennen und gezielt Massnahmen zu ergreifen.

Im Bereich der Achse Claraplatz – Kaserne – Erasmusplatz besteht weiterhin Handlungsbedarf. Das dort seit Jahren bestehende Problem im Zusammenhang mit dem offenen Drogenhandel und -konsum sowie weiteren sicherheitsrelevanten Begleiterscheinungen konnte trotz intensiver polizeilicher Präsenz und flankierender Massnahmen bislang nicht nachhaltig entschärft werden. Der Regierungsrat erachtet es deshalb als erforderlich, die bisherigen repressiven Massnahmen in diesem Perimeter konsequent weiterzuführen und bei Bedarf gezielt zu verstärken. Im Rahmen der laufenden Revision des Polizeigesetzes wird derzeit geprüft, den Anwendungsbereich des bestehenden polizeilichen Platzverweises zu erweitern. Künftig soll dieser auch gegenüber Personen angeordnet werden können, welche die öffentliche Sicherheit ernsthaft gefährden, Dritte erheblich belästigen oder die bestimmungsgemässe Nutzung des öffentlich zugänglichen Raums verhindern. Letztlich bleiben Drogenhandel, Drogenkonsum und deren Begleiterscheinungen jedoch auch künftig eine zentrale Herausforderung, die weiterhin gezielte Massnahmen erfordern wird.

Im Legislaturplan 2025 – 2029 hat der Regierungsrat zum Ausdruck gebracht, dass ihm die Sicherheit im öffentlichen Raum ein wichtiges Anliegen ist und dass sie erhöht werden soll. Die Sicherheitsbehörden und weitere involvierte Verwaltungsstellen arbeiten koordiniert und interdepartemental zusammen, beobachten die weitere Entwicklung im Unteren Kleinbasel aufmerksam und ergreifen bei Bedarf weitere Massnahmen.

3. Zu den einzelnen Fragen

Die Anzugstellenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten:

Wie er die Situation im Kleinbasel rund um die Webergasse, Claraplatz bis zur Claramatte zugunsten einer erhöhten Lebensqualität analysieren und wie er zeitnah Verbesserungen erreichen will;

Die Lebensqualität im Unteren Kleinbasel wird von einer Vielzahl von Faktoren beeinflusst. Zu nennen sind besonders die Kriminalität, der Drogen- und Alkoholmissbrauch, der Lärm, sozioökonomische Faktoren, die bauliche Dichte und sich verstärkende Nutzungskonflikte des öffentlichen Raums. Beim Perimeter um die Webergasse spielen zusätzlich die Prostitution und ihre Begleiterscheinungen eine gewichtige Rolle.

Für das Quartier rund um die Webergasse lässt sich festhalten, dass die Kantonspolizei auch weiterhin präventiv vor Ort präsent sein und gezielt gegen Drogenhandel und das Anwerben ausserhalb der Toleranzzone vorgehen wird. Die Situation hat sich im Vergleich zum Jahr 2022 deutlich verbessert und die Kantonspolizei wird damit weiterhin zur Steigerung des Sicherheitsgefühls vor Ort beitragen. Auch die Situation bei der Claramatte hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verbessert und ist nicht mehr mit der schwierigen Situation vor der Sanierung der Claramatte vergleichbar. Auf der Achse Claraplatz-Kaserne-Klybeckstrasse besteht weiterhin ein offener Drogenhandel. Dieser wird in der täglichen Arbeit und mit Schwerpunktaktionen der Kantonspolizei bekämpft. Die oben erwähnte Erweiterung des polizeilichen Platzverweises wird derzeit geprüft und könnte zu einer punktuellen Verbesserung der Situation beitragen.

Wie er die, anlässlich der Auslegeordnung 2018 in Aussicht gestellte Gesamterneuerung des Claraplatzes weiter vorantreiben wird;

Die Haltestelle Claraplatz wird im Zuge der Gleiserneuerung in der Clarastrasse bis zum Messeplatz gemäss Behindertengleichstellungsgesetz angepasst. Anschliessend sind vorerst keine weiteren Massnahmen geplant. Erst mit einer möglichen Umsetzung des Projekts Tram Claragraben rückt eine Gesamterneuerung in den Fokus. Zudem muss bis dahin die Situation der Endhaltestelle der Buslinie 55 der Südwestdeutschen Landesverkehrs-GmbH geregelt sein, da diese erhebliche Auswirkungen auf die Raumaufteilung hat.

Wie er das Quartier städtebaulich weiterentwickeln will und welche Entwicklungsstrategie er dabei verfolgt;
und
Ob er für die Umsetzung der Entwicklungsstrategie den Kauf einzelner Immobilien im Umkreis der Webergasse in Betracht zieht;

Für den angesprochenen Teilbereich des Kleinbasels gibt es derzeit keine städtebauliche Entwicklungsstrategie. Über den Zonenplan hinaus sieht der Kanton Basel-Stadt in diesem Quartier keine nennenswerten Verdichtungspotenziale. Zudem ist hier viel wertvoller historischer Bestand vorhanden, was eine städtebauliche Entwicklung erschwert.

Der Kanton Basel-Stadt ist bereits der grösste Immobilienbesitzer im Umkreis der Toleranzzone. Immobilien Basel-Stadt prüft periodisch, ob dort zum Verkauf stehende Immobilien oder proaktiv angebotene Immobilien ins Portfolio passen. Der strategische Kauf mehrerer Immobilien im Umkreis der Webergasse, im Sinne einer Entwicklungsstrategie, ist derzeit nicht vorgesehen.

Wie er die Anliegen und Bedürfnisse der Anwohnenden, Gewerbetreibenden und Hauseigentümer:innen für diesen Prozess anhören und einbeziehen will;

Die involvierten Fachstellen des Kantons stellen seit dem Jahr 2022 eine positive Entwicklung im Perimeter fest. Die Anwohnenden, Gewerbetreibenden, Hauseigentümerinnen und Hauseigentümern des Quartiers rund um die Webergasse können ihre Anliegen und Bedürfnisse weiterhin am Runden Tisch «L(i)ebenswerte Webergasse» einbringen. Bei Anliegen zur öffentlichen Sicherheit und Ordnung können sie sich an die Kantonspolizei Basel-Stadt wenden.

Wer die Koordination der Abklärungs- und Entwicklungsaufgaben übernimmt.

Die Koordination von Abklärungs- und Entwicklungsaufgaben wird durch die Kantons- und Stadtentwicklung im Präsidialdepartement wahrgenommen.

4. Antrag

Aufgrund dieses Berichts beantragen wir, den Anzug Niggi Daniel Rechsteiner und Konsorten betreffend «Strategie für die Stadtentwicklung im Kleinbasel (Webergasse, Claraplatz, Claramatte)» abzuschreiben.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin